



Departement für Volkswirtschaft und
Soziales Graubünden
Reichsgasse 35
7000 Chur
info@dvs.gr.ch

Davos, 11.01.2011/VFA

Vernehmlassung zum Entwurf eines Gesetzes zur sozialen und beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Verehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns gewährte Gelegenheit, zum Entwurf eines Gesetzes zur sozialen und beruflichen Integration Stellung nehmen zu können.

Unsere Stellungnahme ist gegliedert in zwei Teile

1. Allgemeine Vorbemerkungen
2. Änderungsanträge zu den einzelnen Artikeln

1. Allgemeine Vorbemerkungen zum Gesetzesentwurf

Wir begrüssen die Gesetzesreform, weil das neue Konzept zur Behindertenintegration eine solche erfordert. Ziel der neuen Gesetzgebung soll eine leistungsorientierte finanzielle Abgeltung sowie die Gewährleistung der unternehmerischen Freiheit für die leistungserbringenden Betriebe sein. Damit kann eine historisch gewachsene und bis heute bewährte Struktur in der Versorgung des Kantons mit Arbeits- und Wohnplätzen aufrecht erhalten werden.

- a) Die SVP stellt jedoch fest, dass der **Bereich der Kinderintegration im neuen BIG gänzlich ausgeblendet wird**. Die SVP legt Wert darauf, dass bei der Ausarbeitung des neuen Schulgesetzes diese Thematik insofern behandelt wird, als dass nicht eine automatische Integration der Kinder mit Behinderung angestrebt wird.
- b) **Darüber hinaus bedauern wir, dass die internationalen ICF-Regelungen (International Classification of Functioning, Disability and Health) gar nicht erwähnt werden**: Diese Klassifikation der WHO beschreibt den funktionalen Gesundheitszustand, die Behinderung, die soziale Beeinträchtigung sowie die relevanten Umweltfaktoren von Menschen.
- c) **Weiter mussten wir feststellen, dass die unternehmerische Freiheit durch ein zu dominantes, ungerechtfertigtes Auftreten des Kantons stark eingeschränkt wird**. Es ist ein regelrechter Trend zur Kontrolle, Steuerung und Oberaufsicht durch die Regierung festzustellen. Diese Regulationsdichte können wir nicht gutheissen. Man muss sich vor Augen führen, dass die effektive Kostenübernahme der Leistungsträger durch den Kanton im Schnitt bei nur 35% liegt. Wir begrüssen das neue Finanzierungskonzept in der Form von Pauschalen wie im Gesetz dargelegt. Wir befürworten ebenfalls das Einstufungssystem des individuellen Betreuungsbedarfs (IBB). Es ist aber bedauerlich, dass keine Aufschlüsselung bzw. Skalierung der Gelder nach Kostenstellen möglich ist. In den Ausführungsunterlagen zum neuen



SVP Graubünden, Sekretariat, Postfach 415, 7270 Davos Platz
Tel. 079 658 20 10, www.svp-gr.ch



Gesetz findet sich nur sehr wenig Zahlenmaterial zu den Finanzmitteln wie z.B. Ehrfahrungs- oder Richtwerte. Wir geben auch zu bedenken, dass je nach Wirtschaftsregion die Kosten nicht 1:1 vergleichbar bzw. pauschalisierbar sind.

- d) **Ausserdem vermissen wir einen Lösungsansatz betreffend das neue Phänomen der Behinderten im Pensionsalter.** Was geschieht mit diesen Menschen? Altersheim? Pflegeheim? Wir fordern die Möglichkeit, dass die meist privaten Leistungsträger selbst aktiv werden dürfen, um entsprechende Lösungen zu erarbeiten. An diesen Kosten kann sich dann der Kanton entsprechend beteiligen.

2. Änderungsanträge und Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln BIG

Art. 2, Abs. 1

Das Wort „benachteiligt“ ist im Sprachgebrauch mit Behinderten falsch bzw. unpassend; es muss durch „beeinträchtigt“ ersetzt werden.

Art. 8, Abs. 2

Hier fehlt die Aufschlüsselung der Pauschale: Was genau umfasst der Betreuungsanteil? Was genau der Objektanteil? Bei der Berechnung der Pauschale sind die unterschiedlichen ortsüblichen Kosten (Miete, Liegenschaftsaufwand etc.) zu berücksichtigen.

Abs. 4

Ergänzung: „... geprüften Kostenrechnungen der vorangegangenen **zwei** Jahre.“

Abs. 5

Was genau sind exogene Faktoren? Änderung: „...aufgrund ausserordentlicher, begründeter und nachgewiesener Mehrkosten berücksichtigen.“

Art. 9, Abs. 1

Der Kanton darf sich in freie unternehmerische Entscheide der Trägerschaften bzgl. Verwendung der Reserven nicht einmischen. Änderung: „Die Regierung überwacht bei den gebildeten Reserven lediglich eine zweckgebundene Verwendung für die Klientel.“

Abs. 2

gestrichen

Abs. 3

gestrichen

Ein Maximalsatz der Reserven und eine daran geknüpfte Beitragsreduktion sind unsinnig, denn so würden nur haushälterisch wirtschaftende Leistungsträger bestraft. Unternehmerische Anreize wie Eigeninitiative als wesentlicher Wert fielen weg; ein Vermögensverlust wäre unabdingbar.

Art. 10, Abs. 1

Der Ermessensspielraum von 35-85 Prozent ist zu gross. Es besteht die Gefahr unwirtschaftlichen Verhaltens bzw. willkürlicher Entscheide. Ein fixer Satz soll eine gerechtere Behandlung und Vereinfachung bringen. Änderung: „...Beiträge von **70** Prozent der anrechenbaren Kosten...“

Abs. 5

Wir erachten den Zeitraum von 50 Jahren als zu lang bzgl. unvorhersehbarer Ereignisse.

Änderung: „Die Liegenschaften sind **30** Jahre...“

Art. 11, Abs. 4

gestrichen

Art. 22

Änderung analog Art. 9

Art. 23

Änderung analog Art. 10

Art. 25, Abs. 2

Änderung: „... geprüften Kostenrechnungen der vorangegangenen **zwei** Jahre.“

Art. 28

Es ist lobenswert, dass der Kanton diesen Bestrebungen der Privatwirtschaft Unterstützung zukommen lässt.

Art. 31, Abs. 2

Eine periodische Angebotsplanung ist nicht ausreichend definiert.

Änderung: „Die Regierung vollzieht die Angebotsplanung alle vier Jahre.“

Art. 33, Abs. 1

Der Begriff „gemeinnützig“ ist zu schwammig bzw. zu unbestimmt und wird gestrichen.

Änderung: „...angemessener Betriebsführung verpflichtet.“

Abs. 2

Gestrichen: Der Kanton überschätzt sein Mitspracherecht bei der Betriebsführung der Leistungsträger. Schliesslich sind diese Institutionen privatwirtschaftliche Stiftungen oder Vereine und keine kantonalen Betriebe; folglich sind die Mitarbeiter keine kantonalen Angestellten.

Art. 34

Änderung: „...mit Behinderung eine **professionelle, anerkannte** Klienteldokumentation zu führen (..) sind während 10 Jahren nach Austritt oder Versterben der Klienten aufzubewahren.“

Art. 35, Abs. 2

Kürzung: „...dem Kanton alle zur Ausübung der Aufsicht und Kontrolle...“

Art. 37, Abs. 2

Änderung analog Art. 10: „...vor Ablauf von **30** Betriebsjahren ihrer... für jedes fehlende Jahr **3.33** Prozent des ausgerichteten Beitrages...“

Art. 39

Änderung: „Der Kanton kann bei allfälligem Bedarf mit bestehenden Leistungserbringern **in Zusammenarbeit** weitere Angebote schaffen.“

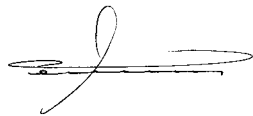
Art. 41, Abs. 2

Artikel ist nicht kongruent mit Art. 34.: Der Umgang der kantonalen Amtsstelle mit der Klienteldokumentation sollte analog den Leistungsträgern erfolgen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Regierungsrat, sehr geehrte Damen und Herren, nochmals für die uns gewährte Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie um Beachtung unsere Anträge.

Mit freundlichen Grüssen

SVP Graubünden



Jon Peider Lemm
Präsident SVP Graubünden



Reto Rauch
Vizepräsident SVP Graubünden